Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7750**
14. Wahlperiode 07. 12. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 12. Dezember 2001

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Adam, Ulrich (CDU/CSU)	61, 62
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	25, 37
Blank, Renate (CDU/CSU)	18, 19
Braun, Hildebrecht (Augsburg) (FDP)	53, 54
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	35, 36
Girisch, Georg (CDU/CSU)	3, 4
Dr. Grehn, Klaus (PDS)	40, 41
Haupt, Klaus (FDP)	46, 47
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	7, 8
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	23, 24
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	32, 33
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	13, 14
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	42, 43
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	55, 56
Kossendey, Thomas (CDU/CSU)	63, 64
Lenke, Ina (FDP)	1, 2
Lensing, Werner (CDU/CSU)	5, 6
Lietz, Ursula (CDU/CSU)	59, 60
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	34, 48
Niebel, Dirk (FDP)	44, 45
Nolting, Günther Friedrich (FDP)	51, 52
Ostrowski, Christine (PDS)	38, 39
Pieper, Cornelia (FDP)	11, 12
Reichard, Christa (Dresden) (CDU/CSU)	57, 58
Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Seifert, Ilja (PDS)	49, 50
Siemann, Werner (CDU/CSU)	65, 66
Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	22
Straubinger, Max (CDU/CSU)	17
Strobl, Thomas (Heilbronn) (CDU/CSU)	20, 21
Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	9, 10
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	28, 29
Wülfing, Elke (CDU/CSU)	30, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um junge Männer zu informieren, dass es mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuausrichtung der Bundeswehr ab 1. Januar 2001 die Möglichkeit gegeben wird, den Zivildienst in gleicher Weise wie den Wehrdienst in zwei Etappen von 7 (bzw. 6) + 3 Monaten abzuleisten?

2. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

In welcher Weise wirkt die Bundesregierung auf die Informationspolitik der Bundeswehr und des Bundesamtes für den Zivildienst bezüglich der neugeschaffenen 7 (6) + 3-Regelung für die Ableistung von Wehr- und Zivildienst ein, um sicherzustellen, dass alle jungen Männer, die ihre Zukunft planen und über den Ablauf ihres Wehr- und Zivildienstes entscheiden müssen, umfassend über die Möglichkeit der etappenweisen Ableistung der Dienstpflicht informiert sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Sind die erwarteten 300 Mio. DM aus dem „freiwilligen Beitrag zur Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen in den Bundeshaushalt eingestellt, und wenn nicht, wie erklärt die Bundesregierung dies im Hinblick auf die Budgethoheit des Parlaments?

4. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Wenn sie doch eingestellt sind, sieht die Bundesregierung im Haushaltsgesetz eine ausreichende Eingriffsermächtigung für das Eintreiben von 300 Mio. DM und die einseitige Belastung einiger deutscher Pharmaunternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

5. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die in dem OECD-Bericht „PISA 2000“ für die Schüler in der Bundesrepublik Deutschland festgestellten Ergebnisse gleichmäßig repräsentativ für alle Bundesländer sind, und wenn ja, warum?

6. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass unser derzeitiges Bildungssystem die Integration von Ausländern, insbesondere ausländischen Jugendlichen, nicht ausreichend fördert, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Trifft eine Meldung in der „Wirtschaftswoche“ vom 29. November 2001 zu, nach der die Bundesregierung versucht hat zu verhindern, die Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Petersberg bei Bonn stattfinden zu lassen, um sie in Berlin zu veranstalten, und drohte tatsächlich, wie die „Wirtschaftswoche“ berichtet, eine Verlegung der Konferenz in ein anderes Land?

8. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung ihr eigenes Verhalten angesichts der Verpflichtung aus § 6 Abs. 2 Nr. 3 des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994, nach der die Bundesstadt Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen auszubauen ist, und plant die Bundesregierung in Zukunft, Konferenzen der Vereinten Nationen nach Berlin zu verlegen, obwohl Bonn nach allen Bekundungen UNO-Standort und Tagungsort für solche Konferenzen sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu erreichen, dass die zuständigen Sicherheitsbehörden der Länder den heute im Westfälischen predigenden Imam abschieben, der laut „DER SPIEGEL“ Nr. 48/2001 in Ägypten wegen Mordes und zweifachen versuchten Mordes zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden war, Mitglied des ägyptischen „Islamischen Dschihad“ war, Verbindungen zu „Heiligen Kriegern“ in Italien und England haben soll, in Deutschland als Asylbewerber anerkannt wurde und hier angeblich bleiben darf, weil ihn seine radikale Vergangenheit in seiner Heimat vor der Abschiebung schütze?

10. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung – angesichts des Negativbeispiels des jemenitischen Terroristen R. B. (alias R. O.), dessen Asylantrag im Dezember 1997 gerichtlich abgewiesen wurde und der deshalb untertauchte, um nur wenig später unter anderem Namen mit einem Schengen-Visum in die Bundesrepublik Deutschland wieder einzureisen (vgl. „DER SPIEGEL“ Nr. 48/2001) – die Auffassung, dass zur Beseitigung dieser Schwachstelle eine obligatorische Überprüfung der Fingerabdrücke im Rahmen des Visumverfahrens zumindest bei Ausländern aus Problemstaaten auch bei Kurzzeitaufenthalten vorgeschrieben werden muss, und wie wird die Bundesregierung dies umsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

11. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung – insbesondere nach der Ankündigung des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, am 15. November 2001 im Deutschen Bundestag: „Dort, wo wir helfen können, werden wir diese Prüfung [der Faktenlage und der Argumentationslinien vor Ort] unterstützen.“ (Plenarprotokoll 14/201, S. 19711 C) – die im Schreiben vom 20. August 2001 durch die IG Metall Halle und den Betriebsrat des Bombardier-Werks Ammendorf dargelegte Situation hinsichtlich der Unterauslastung und den politischen Handlungsbedarf, um Lücken in der Auftragsdecke des Werks zu schließen?

12. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)

Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung seither entwickelt, um beispielsweise durch Gespräche mit der Deutschen Bahn AG (DB AG), die der Staatsminister beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, am 15. November 2001 im Deutschen Bundestag ankündigte (Plenarprotokoll 14/201, S. 19711 C), Fahrzeugaufträge zu Gunsten des Standorts Ammendorf zu gewinnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

13. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und den Verkehr in Ostbayern sieht die Bundesregierung durch die Streichung der Fernbahnverbindungen Euro-City 167/166 „Albert Einstein“ und InterRegio 265/264 „Franz Kafka“ zwischen München–Regensburg–Schwandorf–Furth im Wald–Pilsen–Prag durch die DB AG im Zusammenhang damit, dass danach die tschechische Regierung ihren Schienennetzausbauschwerpunkt auf die Strecke Prag–Linz–Wien festgelegt hat, und beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des höheren Verkehrsaufkommens durch die Osterweiterung der Europäischen Union in Abstimmung mit der tschechischen Regierung, bahnpolitische Maßnahmen in Bezug auf diesen Streckenbereich zu treffen?

14. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Welche strukturpolitische Bedeutung misst die Bundesregierung dem Verkehrsträger Schiene im Rahmen der Osterweiterung der Europäischen Union bei, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um den Verkehrsträger Schiene im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Beitrittsstaaten, insbesondere zwischen Bayern und Tschechien, zu stärken?

15. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung ihr verkehrspolitisches Ziel einer „Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene“ konterkariert durch die Praxis der DB AG vermehrt Bahnhöfe in der Fläche aus dem Güterumschlagskonzept, zum Beispiel bei Gas- und Kohletransporten, herauszunehmen?

16. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Legt die Bundesregierung den Artikel 87 des Grundgesetzes in Zukunft so aus, dass die DB AG nur mehr nach wirtschaftlichen Kriterien Geschäftspolitik betreibt und nicht nach den Grundsätzen der ausgewogenen Versorgung des gesamten Landes?

17. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)

Wie lässt sich das Programm „Projekt Marktorientiertes Angebot Cargo“ (Mora C) der DB AG, welches zu einer Verlagerung von Gefahrguttransporten (z. B. Flüssiggas) von der Schiene auf die Straße führen dürfte, mit dem entgegengesetzten Ziel der Bundesregierung, der Verlagerung auf die Schiene, vereinbaren, und was gedenkt die Bundesregierung insoweit im Hinblick auf das o. g. Programm zu unternehmen?

18. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Aus welchen Haushaltsmitteln wird die Ankündigung des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, „Die Deutsche Bahn kann in den nächsten 10 Jahren für 8,7 Mrd. DM neue Züge kaufen und einsetzen“, die er in Nürnberg am 21. November 2001 vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ICE-Instandhaltungswerkes getroffen hat, finanziert?

19. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die DB AG in diesem Jahr rund 1,5 Mrd. DM der Investitionsmittel des Bundes nicht verbauen kann, und wenn ja, welcher Verwendung werden diese Mittel zugeführt?

20. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Stehen, wie von der Bundesregierung angekündigt, 800 Mio. DM aus nicht abgeflossenen Investitionsmitteln der DB AG für zusätzliche Investitionen in den Straßenbau zur Verfügung, und wenn ja, wann?

21. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung absehen, ob und wann die dem Land Baden-Württemberg aus diesen Mitteln zugedachten 71 Mio. DM für den Straßenbau, die unter anderem auch für den Ausbau der Bundesautobahn A6 vorgesehen waren, zur Verfügung stehen (vgl. Heilbronner Stimme vom 27. November 2001)?

22. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung zusätzliche Finanzmittel in einer Höhe von rund 50 Mio. DM bis zum Jahr 2006 für einen 6-streifigen Ausbau der Bundesautobahn A9 zwischen dem Kreuz München/Nord und dem Frankfurter Ring sowie für die zu ertüchtigende bereits bestehende Anschlussstelle Fröttmaning im Aufgabenbereich der unmittelbaren Baulast des Bundes zur Verfügung stellen, um den termingerechten o. g. Aus- und Umbau der Bundesautobahn A9 bis zur Eröffnung des Stadionneubaus in München-Fröttmaning sicherzustellen?

23. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihres „Betreibermodells für den sechsstreifigen BAB-Ausbau“ auch andere als die von ihr als mögliche Pilotabschnitte vorgeschlagene Projekte in das Ausbauprogramm der privaten Vorfinanzierung aufzunehmen, und auf welchem Weg kann diese zusätzliche Aufnahme erfolgen?

24. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung die konkrete Höhe der Anschubfinanzierung bzw. des öffentlichen Finanzierungsanteils bei den Betreibermodellen berechnen, und wird sie die Reihenfolge der Zuteilung bzw. die Priorität der Maßnahme nach der Höhe des privaten Finanzierungsanteils oder nach anderen Kriterien festlegen?

25. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, nach denen die Bundesregierung Vertretern des Landes Berlin zugesagt hat, auf die Rückzahlung von Bundesmitteln für den Bau der „Kanzlerlinie“ (U-Bahn) nach endgültiger Einstellung des Projekts zu verzichten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

26. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU)

Welche tatsächlichen Gründe waren dafür maßgeblich, dass der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, lt. „Abendzeitung“ (München vom 12. September 2000) den damaligen Bundestagskollegen und späteren stellvertretenden Leiter der Inlandsabteilung des Bundespresseamtes, Hans Wallow, „feuern ließ“?

27. Abgeordneter **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU)

Hat das Bundeskanzleramt auf das Verfassen des Artikels in der „Abendzeitung“ vom 12. September 2000 Einfluss genommen, und wenn ja, waren im Bundeskanzleramt die tatsächlichen Gründe für die Versetzung des betroffenen Beamten von Berlin an die Außenstelle Bonn bekannt?

28. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Wurden in den Beratungen des Bundeskabinetts oder des Bundessicherheitsrates durch ein Mitglied der Bundesregierung Vorbehalte gegen die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM geäußert?

29. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Wurde in den Beratungen des Bundeskabinetts oder des Bundessicherheitsrates durch ein Mitglied der Bundesregierung eine Unterbrechung des Einsatzes amerikanischer Luftstreitkräfte in Afghanistan (Feuerpause) im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM gefordert bzw. empfohlen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordnete **Elke Wülfing** (CDU/CSU)

Ist es richtig, dass in den Freistellungsbescheinigungen zum Steuerabzug bei Bauleistungen gemäß § 48 Abs. 1 Satz 1 Einkommensteuergesetz, die die Finanzämter ausstellen, darauf hingewiesen wird, dass der Leistungsempfänger die Freistellungsbescheinigung überprüfen kann, um eine Haftung für den Steuerabzug zu vermeiden?

31. Abgeordnete **Elke Wülfing** (CDU/CSU)

Wenn ja, hat dann dieser Hinweis zur Folge, dass der Leistungsempfänger, der nicht nachweisen kann, dass er die Korrektheit der Freistellungsbescheinigung beim Bundesamt für Finanzen überprüft hat, für den Steuerabzug haftet?

32. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung die Behauptungen zahlreicher Bauunternehmer zu, wonach zuständige Finanzämter über die Bestimmungen des Gesetzes zur Eindämmung illegaler Beschäftigung im Baugewerbe nicht informiert sind oder

versuchen, die Ausstellung der Freistellungsbescheinigung als Druckmittel zur Bezahlung von Steuerschulden einzusetzen?

33. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung tun, um eine sofortige und unbürokratische Ausstellung der Freistellungsbescheinigungen im Bedarfsfall bis zum Beginn des nächsten Jahres zu gewährleisten?

34. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

An welche konkreten Auflagen knüpft der EU-Kommissar für Wettbewerb, Mario Monti, die Genehmigung zur Verlängerung der Ausnahmeregelungen zu Gunsten zahlreicher energieintensiver Industriebranchen bei der Erhebung der Ökosteuer?*)

35. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen die Bundesregierung über die finanziellen Probleme der SchmidtBank in Hof unterrichtet?

36. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um die SchmidtBank in ihrer Funktion als Mittelstandsbank für die Zukunft zu erhalten, wie dies offenbar durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Deutschen Industriebank geschieht (vgl. Nordbayerischer Kurier vom 26. November 2001)?

37. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden Bundesmittel an das Land Schleswig-Holstein wegen Fehlens der Komplementärmittel bei Gemeinschaftsaufgaben, Wettbewerbshilfe o. Ä. einbehalten?

38. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Wie vereinbart sich der Verkauf der Geschäftsanteile des Bundes von 72,6 v. H. am Stammkapital der Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH an die Viterra AG (vgl. auch Drucksache 14/3346 des Hessischen Landtages) unter Nichtberücksichtigung des Kaufangebotes der 350 Mitglieder und 294 Haushalte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Mietervereine Bizonale Siedlung Frankfurt am Main-

---

* siehe hierzu auch Frage 48

Griesheim e. V. mit der Aussage in der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998, bei der Privatisierung bundeseigener Wohnungsbestände gehe die Koalition sozialverträgliche Wege, wie Genossenschaftsgründungen, Mieterprivatisierungen oder Erhalt einzelner Gesellschaften bei größerer Wirtschaftlichkeit?

39. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Wie vereinbart sich damit gleichzeitig, dass die bundeseigene Treuhandliegenschaftsgesellschaft nahezu zugleich in Lauchhammer/Brandenburg rund 300 Wohnungen zu einem Preis verkauft, der weit unter dem Verkehrswert liegt, obwohl ein Angebot der Stadt über mehr als den dreifachen Betrag des Preises und ein Angebot eines anderen Bewerbers über mehr als den zweieinhalbfachen Betrag des Preises vorgelegen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

40. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

Auf welchen Erkenntnissen beruhen angesichts der anderslautenden ersten Evaluierungsergebnisse der CAST-Studie (CAST: Chancen und Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten) die Schlussfolgerungen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, dass „die Ausweitung des Mainzer Modells auf ganz Rheinland-Pfalz folgerichtig und sinnvoll“ sei, da angeblich unterschiedliche regionale Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss auf die Inanspruchnahme und den Erfolg dieses Modells haben?

41. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

Wie bewertet die Bundesregierung die vorliegende sehr kritische CAST-Studie zu den Erfolgen des Mainzer Modells, und wie sieht die Zwischenbilanz in den brandenburgischen Arbeitsamtsbezirken Eberswalde und Neuruppin aus?

42. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Plant die Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der eine Änderung der Voraussetzungen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen in § 5 Abs. 1 Tarifvertragsgesetz (TVG) vorsieht?

43. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen des von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Oktober dieses Jahres bei der IG Bau angekündigten so genannten Tariftreuegesetzes für die Bauwirtschaft eine Veränderung der Voraussetzungen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen für die Bauwirtschaft?

44. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)

Wird die von der Bundesregierung geplante Green Card für Pflegekräfte für alle mit Touristenvisum eingereiste und in Privathaushalten illegal beschäftigte Pflegekräfte erteilt werden, und wenn nein, warum nicht?

45. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)

Wann wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, damit hier lebende Nicht-EU-Ausländer, die einem Arbeitsverbot unterliegen, eine Arbeitserlaubnis – zumindest als Pflegekräfte – bekommen?

46. Abgeordneter
Klaus Haupt
(FDP)

Für welchen Personenkreis und für wie viele Personen soll eine Green Card für Pflegekräfte erteilt werden?

47. Abgeordneter
Klaus Haupt
(FDP)

Welche Qualifikation müssen diejenigen nachweisen, die in den Besitz einer Green Card für Pflegekräfte kommen wollen, und für welche Zeit soll ein Beschäftigungsverhältnis über die Green Card für Pflegekräfte möglich sein?

48. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)

Wie werden sich die nächsten Stufen der Ökosteuer auf die Rentenbeitragssätze auswirken?*)

49. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, der am 3. Dezember 2001 anlässlich des Weltbehindertentages vom Deutschen Behindertenrat (DBR) gestellten Forderung Rechnung zu tragen, dass im „Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze“ (Bundestagsdrucksache 14/7420) sowie in einem Zivilrechtlichen

---

* siehe hierzu auch Frage 34

Antidiskriminierungsgesetz (ZAG), für das am gleichen Tag ein Vorentwurf durch die Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, vorgestellt wurde, ein Begriff für Behinderung verwendet werden soll, demzufolge „Behinderung jede Verhaltensweise, Maßnahme oder Struktur ist, die Menschen mit nicht nur vorübergehenden körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen Lebens-, Entfaltungs- und Teilhabemöglichkeiten nimmt, beschränkt oder erschwert“?

50. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg, das Ausbildungs- und Rehabilitationszentrum (ABR) für Epilepsiekranke im Epilepsiezentrum der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal, die einzige Einrichtung dieser Art in den neuen Bundesländern, die epilepsiekranke Jugendliche – bei gleichzeitiger epileptologischer Komplett-Betreuung – auf ein selbständiges Leben in der Gesellschaft vorbereitet, zum 31. August 2002 aus finanziellen Gründen zu schließen, und welche gleichwertige Alternative soll nach Kenntnis der Bundesregierung den betroffenen Jugendlichen und ihren Eltern zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

51. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche 50-Mio.-DM-Beschaffungsvorhaben des Einzelplanes 14 (Bundesministerium der Verteidigung) plant die Bundesregierung 2001 und 2002 in die parlamentarischen Abschlussberatungen einzubringen, und in welcher Priorisierung soll dies geschehen?

52. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass es dem Gleichbehandlungsgebot widerspricht, wenn Zivildienstleistende für Sonderdienste regelmäßig Freizeitausgleich erhalten, während Wehrdienstleistende für Wach- und Sonderdienste regelmäßig nur einen geringen finanziellen Ausgleich erhalten, und plant die Bundesregierung die Abschaffung oder Reduzierung der Regelung, wonach Wehrpflichtigen für diese Sonderdienste erst ab dem 4. Dienstmonat ausschließlich finanzielle Ausgleiche gewährt werden?

53. Abgeordneter
Hildebrecht Braun (Augsburg)
(FDP)

Was ist die Begründung dafür, dass seit dem 1. Oktober 2001 das Personal der Feldjägertruppe in der Stärke- und Ausrüstungsnachweisung (STAN) der Streitkräftebasis aufgeführt ist, das Personal der Feldjägerschule jedoch weder in der STAN der Streitkräftebasis noch in der des Heeres?

54. Abgeordneter
Hildebrecht Braun (Augsburg)
(FDP)

Ist das Personal des deutschen Anteils beim NATO-Stab LANDCENT bei der Teilstreitkraft (TSK) Heer oder der TSK Streitkräftebasis geführt, und wann wurde diese Regelung getroffen?

55. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

In welchem Umfang berücksichtigt die Bundesregierung Vorschläge von Personalräten an den Prüfungs- und Bewertungsausschuss für das Vorschlagswesen beim Bundesministerium der Verteidigung, wie z. B. die Verbesserungsvorschläge des Personalrats des II. Luftwaffenausbildungsregiments 3 vom 29. Oktober 2001 und vom 26. November 2001 im Zusammenhang mit der weiteren Nutzung der Markgrafen-Kaserne in Bayreuth, und inwieweit fließen diese Vorschläge in weitere Planungen der Bundesregierung ein?

56. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, von ihr gemachte Angaben über Kapazitätsüberhänge und Leerstände an Bundeswehrstandorten, wie z. B. die in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Brigitte Schulte, auf meine Frage 22 in der Fragestunde am 7. November 2001 (Plenarprotokoll 14/197, S. 19250 C), dargelegten Auslastungsmängel in der Bayreuther Markgrafenkaserne, zu korrigieren, und wenn ja, in welcher Weise?

57. Abgeordnete
Christa Reichard (Dresden)
(CDU/CSU)

Ab welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang wird die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Soldaten- und Familienbetreuung durch die Übernahme von Versicherung, Fahrtkosten, Telefonkosten sowie durch Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten durch die Bundeswehr unterstützt?

58. Abgeordnete **Christa Reichard (Dresden)** (CDU/CSU)

Wann wird die flächendeckende Einrichtung von 32 Familienbetreuungszentren mit jeweils 4 militärischen Dienstposten erfolgen, die auf der Grundlage der Auswertung der Erprobungsphase in die konzeptionellen Grundlagen der Familienbetreuung aufgenommen wurde?

59. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Ist es vorgesehen, dass für länger bestehende Familienbetreuungszentren im Zusammenhang mit steigenden Belastungen der Soldaten und deren Familien durch vermehrte Auslandseinsätze die Freistellung eines betreuenden Soldaten vorgenommen wird, und werden diese Familienbetreuungszentren generell finanziell ausgestattet?

60. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Falls eine finanzielle Ausstattung stattfindet, wonach richtet sich die Höhe des zur Verfügung gestellten Betrages und wer darf darüber verfügen?

61. Abgeordneter **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Inwieweit wird die Einrichtung einer Feldkapelle in den Einsatzgebieten, wie dies vom evangelischen Militärbischof thematisiert wurde, geplant, und wenn nicht, was steht diesem Vorhaben entgegen?

62. Abgeordneter **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Welche Auswirkung wird die Bewirtschaftung der Liegenschaften durch die „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ (GEBB) für die Soldatenbetreuung haben?

63. Abgeordneter **Thomas Kossendey** (CDU/CSU)

Wie wird sichergestellt, dass durch die zukünftige Privatisierung des Liegenschaftsmanagements bei der Bundeswehr in Form einer Treuhandgesellschaft der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) die Verwaltungskostenerstattungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern auf der Basis des Konsenspapiers vom 5. Mai 1999 über die Organleihe der Landesbauverwaltungen für Bauaufgaben der Bundeswehr insbesondere im Hinblick auf den Umfang des vorgehaltenen notwendigen Personals und die Höhe der Verwaltungskostenerstattung in den Landesbauverwaltungen nicht beeinträchtigt werden?

64. Abgeordneter **Thomas Kossendey** (CDU/CSU)

Durch wen sollen zukünftig die bauordnungsrechtlichen und damit hoheitlichen Funktionen der Landesbauverwaltung im Verteidigungsbau auch im Hinblick auf die NATO und Gaststreitkräfte nach der geplanten Privatisierung des Liegenschaftsmanagements für die Bundeswehr wahrgenommen werden, und welche Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden in dieser Hinsicht seitens des Bundes angestellt?

65. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie soll nach einer Privatisierung des Liegenschaftsmanagements für die Bundeswehr bei nur einer Minderheitsbeteiligung des Bundes sichergestellt werden, dass die Mittelstandsfördergesetze und das öffentliche Vergaberecht, das insbesondere eine fachlosweise und damit mittelstandsfreundliche Ausschreibung vorsieht, zukünftig eingehalten werden, und welche Kontrollinstrumente und -organe sind in dieser Hinsicht durch den Bund vorgesehen?

66. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Ist die Auftragsvergabe von Bauleistungen durch die im Wege einer Treuhandgesellschaft der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) privatisierte Gesellschaft für das Liegenschaftsmanagement der Bundeswehr und die dadurch ausgelöste Umsatzsteuerpflicht zukünftig wirtschaftlicher als bisher, und welche Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sind hierzu bisher angestellt worden?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333